

Dr. Martin Schwanholz

Die Region im Blick,
die Menschen im Herzen.



Im Bundestag für unseren Wahlkreis 40 - Osnabrück, Belm, Georgsmarienhütte, Hagen a. T. W., Hasbergen, Wallenhorst

Inhalt

Einleitung	3
Europa	6
Wirtschaft	10
Energie	12
Demokratie	14
Besuch in Berlin	16
Vor Ort	19
Über mich	22
Dankeschön	23
Impressum	24

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

als Abgeordneter im Deutschen Bundestag vertrete ich Sie und die Interessen der Region Osnabrück in Berlin. Auf den folgenden Seiten möchte ich Sie über meine Tätigkeit informieren, Zwischenbilanz über die laufende Legislatur ziehen und auf anstehende Herausforderungen und Ziele ausblicken.




Martin Schwanholz in seinem Berliner Büro.

Ich möchte Ihnen für das Vertrauen danken, dass Sie mir in den vergangenen Jahren durch Fragen, Anregungen und Ihre häufig auch vertraulichen Anliegen entgegengebracht haben und entgegenbringen. Das ist der wichtigste Antrieb für meine Arbeit im Wahlkreis und in Berlin.

Die Region im Blick, die Menschen im Herzen

Mit der Bundestagswahl 2009 konnte ich für die SPD zum dritten Mal in Folge in den Deutschen Bundestag einziehen. Ich bin Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Zudem arbeite ich unter anderem in der SPD-Querschnittsarbeitsgruppe „Energie“ mit, der ich als Europa-Experte angehöre, und wurde vom Parlament als deutscher Vertreter in die Parlamentarische Versammlung des Europarates gewählt.

Derzeit bin ich der einzige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete zwischen der holländischen Grenze und Bad Essen. Ich betreue den Südwesten Niedersachsens und bin neben meinem eigenen Wahlkreis Osnabrück, Belm, Georgsmarienhütte, Hagen a. T. W., Hasbergen und Wallenhorst auch Ansprechpartner für die Wahlkreise Osnabrück-Land und Mittelems.



Nachdem ich in der rot-grünen und im Anschluss in der Großen Koalition an der Regierungsarbeit beteiligt war, kontrolliere ich mit meinen SPD-Kolleginnen und -Kollegen in dieser Legislatur die schwarz-gelbe Koalition. Uns ist es wichtig, dass wir als Ergebnis unserer Arbeit im Parlament politische Alternativen zur Bundesregierung vorweisen und uns so für einen Politikwechsel bei der nächsten Wahl empfehlen.

Das ursozialdemokratische Thema Gerechtigkeit ist angesichts der Überalterung unserer Gesellschaft, der noch immer nicht vollständig vollzogenen Gleichstellung von Mann und Frau, den zunehmend prekären Arbeitsverhältnissen der europäischen Schuldenkrise hochaktuell. Genau hier setzen wir an.




Martin Schwanholz im Gespräch mit Frank-Walter Steinmeier.

Zwei Jahre Schwarz-Gelb – eine ernüchternde Bilanz

Mit der Ankündigung einer geistig-politischen Wende ist die schwarz-gelbe Wunschkoalition 2009 angetreten. Lässt man die vergangenen beiden Jahre Revue passieren, ist von den lauten Fanfaren nichts mehr zu hören. Stattdessen vergeht kaum ein Tag, an dem nicht von einem weiteren Streit im schwarz-gelben Lager berichtet wird. Hat es Deutschland jemals erlebt, dass die Regierungsparteien sich untereinander als „Wildsäue“ und „Gurkentruppe“ beschimpfen? Gebetsmühlenartig wurde der Öffentlichkeit der Neuanfang gepredigt.

Ein Blick in die Ergebnisse der Merkel-Regierung zeigt, was diese Koalition im Kern eint: Klientelpolitik. So wurden unter Schwarz-Gelb die Hoteliers massiv durch Steuergeschenke entlastet und zugunsten der Pharmakonzerne und der privaten Krankenversicherung das Ende des solidarischen Gesundheitssystems eingeläutet. Gerade in der Gesundheitspolitik droht mit der Einführung der Kopfpauschale die Schere in Deutschland zwischen arm und reich weiter auseinander zu gehen. Hier fordern wir als SPD eine solidarische Bürgerversicherung.

Eine ziellose, unvernünftige und unsoziale Politik unterstreicht das chaotische und uneinige Auftreten der regierenden Union und FDP. Typisch für diese Regierung



scheint es zu sein, das eigene Wort und die eigenen Beschlüsse schon bald wieder widerrufen zu müssen. So verging ein knappes halbes Jahr zwischen Merkels Ausstieg aus dem rot-grünen Atomkonsens und dem so genannten „Ausstieg aus dem Ausstieg“ nach der Katastrophe in Fukushima. Dieser nie endende Zick-Zack-Kurs tut unserem Land nicht gut, weil er keine Planungssicherheit gibt. Hier fordern wir als SPD den Ausbau der Erneuerbaren Energien unter Gewährleistung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung.

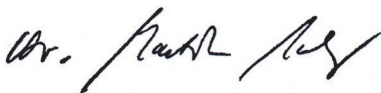
Sicherheit ist aber genau das, was unsere Gesellschaft in Zeiten der europäischen Finanz- und Schuldenkrise am meisten benötigt. Doch auch auf diesem Feld, der Euro-Rettung, versagt die Regierung. Anstatt ihre Verantwortung als wirtschafts- und bevölkerungsstärkstes Land Europas redlich und weitsichtig zu übernehmen, gelingt es ihr nicht, eine Strategie aus der Krise vorzulegen. Wir als SPD haben unsere Hausaufgaben gemacht und eigene Lösungskonzepte vorgelegt. Hier fordern wir als SPD die richtigen Anreize zur Förderung des Wirtschaftswachstum neben den nötigen Sparbemühungen.

Gute Hoffnung

Die ersten Abmahnungen für diesen unwürdigen Stil, unser Land zu führen, sind bei Merkel, Seehofer und Rösler bereits eingegangen: Seit der Bundestagswahl hat sich nach acht Landtagswahlen die politische Landkarte in Deutschland verändert. In Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern stellen wir wieder die Ministerpräsidenten, in Berlin, Bremen und Hamburg regieren sozialdemokratische Bürgermeister und in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt sind wir mit in der Regierungsverantwortung. Es gibt Grund zur Hoffnung, dass wir auch im Saarland und in Schleswig-Holstein bald regieren können.

Der Grund: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bieten etwas an, das Schwarz-Gelb bis heute nicht entwickelt hat: eine Politik, die von einer Idee getragen wird. Das Wertefundament der deutschen Sozialdemokratie – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – ist heute aktueller denn je. Dieses zu verwirklichen war, ist und bleibt mein Ziel. Für die Menschen in Europa, Deutschland und unserer Region.

Ihr



Europa

Die Europäische Union bestimmt Tag für Tag das Leben von mehr als 500 Millionen Menschen. Die politische und wirtschaftliche Partnerschaft zwischen 27 europäischen Ländern hat zu mehr Frieden, Stabilität, Wohlstand und Freizügigkeit geführt. Heute gilt es, die große Errungenschaft Europa verantwortungsvoll aus der Krise zu führen. Meinen Beitrag hierzu leiste ich im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages und in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Meine Arbeit für Europa

Seit 2002 vertrete ich die SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Als Berichterstatter für europäische Wirtschafts-, Energie- und Forschungspolitik sowie die Themen Klima und Telekommunikation setze ich mich täglich mit einer Bandbreite komplexer Politikbereiche auseinander. Meine Aufgabe ist es, innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion das Verständnis für die EU zu schärfen sowie Wert und Wichtigkeit des europäischen Projektes hochzuhalten.




*Europa: Dauerthema im Parlament
(Bild: Deutscher Bundestag).*

Als Abgeordneter der größten Oppositionspartei im Deutschen Bundestag ist es mir ein Anliegen, dass die Bundesregierung gegenüber den anderen Mitgliedstaaten sowie den europäischen Institutionen die Interessen Deutschlands wirksam vertritt und in angemessener

Form in die gesamteuropäische Gesetzgebung einfließen lässt.

Der Deutsche Bundestag hat mich zudem als deutschen Vertreter in die Parlamentarische Versammlung des Europarates gewählt. Der 1949 gegründete Europarat hat 47 Mitgliedstaaten und seinen Sitz in Straßburg. Unabhängig von der EU dient der Europarat der Stärkung pluralisti-



scher Demokratie, dem Schutz der Menschenrechte und der Förderung der kulturellen europäischen Identität. Insbesondere befasst er sich mit der Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention, dem Schutz von Minderheiten und der Sicherstellung demokratischer Wahlprinzipien. Ich freue mich sehr, auch in diesem Rahmen für Europa einzutreten.

Zu Europa stehen


Für mich ist die EU eine einzigartige Errungenschaft. Sie ist als Antwort auf nationale Rivalitäten, Egoismen und Alleingänge entstanden und ermöglicht Millionen Menschen bis heute ein Leben in Frieden und Freiheit. Historisch betrachtet ist es für unseren Kontinent gar nicht hoch genug zu bewerten, dass sich unsere junge Generation nicht mehr in Schützengräben begegnet, sondern gemeinsam studiert, reist und arbeitet.

Auf diesem Fundament bauen auch unsere politischen Beziehungen auf. So ist es möglich, sich solidarisch zu zeigen, wenn jemand in Not gerät, und zu fordern, wo Unterstützung nötig ist. Diese Form des Miteinanders werden wir in Zukunft noch dringender benötigen als heute. 1950 waren noch mehr als 20 Prozent der Weltbevölkerung Europäer – 2050 werden es gerade einmal sieben Prozent sein. In einer globalisierten und vernetzten Welt werden europäische Staaten individuell an Bedeutung verlieren. Nur als ein gemeinsames Europa werden wir auch künftig global wahrgenommen werden.

Ein Mehr an sozialer, politischer und wirtschaftlicher Einheit ist somit nicht nur die pragmatische Lösung jener Probleme, vor denen wir heute stehen. Ein vereintes Europa in der Welt ist für mich auch die einzig sinnvolle Antwort auf die vielfältigen Herausforderungen von morgen. Diese Gewissheit wird mich auch weiterhin in der politischen Arbeit im Deutschen Bundestag leiten.

Gemeinsam aus der Krise

Wer heute an Europa denkt, dem fällt zunächst die Eurokrise ein. Mögliche Staatspleiten, Drohungen von Ratingagenturen, steigende Arbeitslosigkeit und Massenproteste haben uns in den letzten Jahren fast täglich begleitet. Milliarden schwere Rettungspakete für strauchelnde Staaten und Banken haben uns in Atem gehalten. Auch meine politische Arbeit seit der Bundestagswahl 2009 wurde durch dieses Thema bestimmt.



Die Menschen sind verunsichert. Als bevölkerungsreichstes und wirtschaftlich robustestes Land in Europa kommt Deutschland eine besondere Verantwortung in dieser Krise zu. Unsere Verantwortung erschöpft sich nicht in Milliardenkrediten und -hilfen, sondern muss weit darüber hinaus auch Ideen beinhalten, wohin wir mit Europa möchten. Diese Antwort oder Idee bleibt uns die schwarz-gelbe Regierung bislang jedoch schuldig.

Was ist passiert? Eine gesunde Währung braucht solide Haushalte. Doch die Budgets einiger unserer europäischer Partner weisen zu große Defizite auf. Gründe dafür gibt es zuhauf: Sicherlich wurde nicht überall gleichermaßen solide gewirtschaftet. Aber auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen sind mancherorts nicht so nachhaltig und zukunftsfähig reformiert worden wie unter der rot-grünen Bundesregierung in Deutschland. Zudem ist deutlich geworden, dass eine gemeinsame Währung ohne eine gemeinsame Haushaltspolitik und ohne wirksame Sanktionsmechanismen nicht funktionieren kann: Die Anreize zur Sparsamkeit fehlten.




Sorgenkind Euro.

Die Regierung Merkel hat bislang ein blamables Krisenmanagement an den Tag gelegt. Partei- und wahltaktische Erwägungen haben die Regierungskoalition daran gehindert, akute Krisenentwicklungen zeitnah anzugehen und eigene Ankündigungen einzuhalten: Die Höhe der Griechen-

landhilfe, die Ausweitung der Finanzhilfen auf weitere Länder wie auch die Dauerhaftigkeit des Europäischen Rettungsfonds sind nur einige Beispiele für diese Wankelmütigkeit. Maßnahmen gegen chronische Ursachen wie der Fiskalpakt können jedoch wirkungslos werden, wenn die akuten Symptome nicht behandelt werden. Wer weder Strategie noch Vision hat, darf sich nicht wundern, dass sich die Märkte nicht beruhigen.

Zudem hat sich die deutsche Regierung als unsensibel erwiesen. Ihr rigider Spar-Appell bringt unsere europäischen Mitbürgerinnen und Mitbürger „gegen die Deutschen“ auf die Barrikaden. Unser Ziel kann und darf es nicht sein, ganze Staaten kaputt zu sparen und eine gesamte Generation ihrer Zukunft zu berauben. Verantwortungsvolles Haushalten muss in den angeschlagenen



Volkswirtschaften auch bedeuten, die Wirtschaft auf Vordermann zu bringen und ihr neuen Schwung zu verleihen.

Sozialdemokratische Wege aus der Krise

Hier benötigen wir eine europäische Antwort – die Förderung der erneuerbaren Energien in diesen Ländern wäre eine Möglichkeit, eine andere liegt in der Unterstützung junger Unternehmerinnen und Unternehmern. Das Geld hierzu sollte aus den Einkünften einer Europäischen Finanztransaktionssteuer kommen. Wer Milliarden zu seiner Rettung bekommt, muss nach seiner Gesundung auch einen Beitrag leisten. So beugen wir auch einer Wiederholung der Bankenkrise 2008 vor: Nur eine angemessene Regulierung und Besteuerung des europäischen Finanzsektors kann gefährliche Spekulationen einschränken.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind uns der Verantwortung Deutschlands für Europa bewusst. Mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der SPD-Fraktion haben wir starke sozialdemokratische Konzepte für einen realistischen Weg aus der Eurokrise entwickelt. Dringend geboten ist eine Wirtschaftspolitik mit Augenmaß, die Schulden reduziert, Innovationen fördert und die Konjunktur in der Eurozone wieder ankurbelt. Mit unserem Bekenntnis zu einer wachstumsfördernden Politik für Europa, der Finanztransaktionssteuer und einem gemeinsamen Konzept gegen Staatsschulden bieten wir einen Weg aus der Krise.

Für ein starkes Europa in der Zukunft

In meiner Vision sind wir in Europa nach der Krise enger zusammengerückt. Neben Rettungsfonds, Fiskalpakten und Bankenregularien muss für mich auch die Mitsprache von uns Bürgerinnen und Bürgern gestärkt werden: Wir wollen Europa demokratischer machen. Europa darf kein abstraktes Gebilde von und für Eliten sein. Politische Entscheidungen müssen demokratisch von jenen legitimiert werden, die davon unmittelbar und alltäglich betroffen sind. Dabei kommt den Parlamenten eine ganz entscheidende Rolle zu. Als direkt gewählte Versammlungen von Volksvertreterinnen und Volksvertretern müssen die 27 nationalen Parlamente ihre Handlungsfähigkeit behalten. Und als einzige demokratische EU-Institution muss zugleich das Europäische Parlament mehr Entscheidungskompetenzen erhalten. Mit den Europäischen Bürgerbegehren ist ein erster wichtiger Schritt zu mehr Mitsprache bereits gemacht.

Wirtschaft

Neben den Politikfeldern Europa und Energie beschäftige ich mich im Bundestag auch intensiv mit Wirtschaftspolitik. Mit Konjunkturprogrammen, Kurzarbeitergeld und Abwrackprämie hat die SPD unser Land gut durch die Krise gebracht. Es bleibt wichtig, dass faire Arbeitsmarkt- und gute Industriepolitik verteidigt und weitergedacht werden.

Eine starke Wirtschaft für die Menschen




Martin Schwanholz (vorne mittig) mit Hubertus Heil (vorne links) bei der Volkswagen Osnabrück GmbH.

Politische Arbeit ist für mich immer auch der Einsatz für gute Wirtschaftspolitik. Im letzten Jahr haben deutsche Unternehmen zum ersten Mal Waren im Wert von einer Billion Euro exportiert. Hinter diesem Erfolg stehen vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ohne ihre Kreativität und ihr Engagement

in den Betrieben wäre dieser Erfolg nicht möglich. Daher ist es nur angemessen und fair, dass sozialdemokratische Wirtschaftspolitik die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt rückt.

Als Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie streite ich für dringend notwendige Reformen wie die Einführung eines flächendeckenden nationalen Mindestlohns. Wer Vollzeit arbeitet, muss auch von seinem Einkommen leben können. Lohndumping und prekäre, unsichere Arbeit sind mit der SPD nicht zu machen. In Berlin setze ich mich für Arbeit zu gerechten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen ein.

Es muss der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Männer und Frauen gelten. Es kann nicht sein, dass Männer bei gleicher Ausbildung mehr verdienen. Gleiches gilt für mich auch für die Leiharbeit: Ihr Missbrauch muss bekämpft werden. Junge Menschen brauchen Perspektiven anstelle befristeter Verträge – wie sonst sollen sie



eine Familie gründen? Hierzu gehört auch, dass wir in Kinderbetreuung und Bildung investieren, um Familie und Beruf miteinander vereinbar zu machen. Angesichts der guten Konjunktur setze ich mich dafür ein, den Fachkräftemangel in Deutschland zu beheben.

Europa – unser Wirtschaftsraum

Als Europa-Experte meiner Fraktion muss ich den Wirtschaftsstandort Deutschland in seinem europäischen Umfeld betrachten. Der Schlüssel des Erfolgs unserer Volkswirtschaft ist sicherlich unser starkes industrielles Rückgrat. Anders als bei vielen unserer Konkurrenten umfasst unsere Wertschöpfungskette nämlich alles von Grundstoffen bis High Tech. Das macht uns wettbewerbsfähig.

Ohne den großen europäischen Absatzmarkt wäre die Nachfrage nach unseren Produkten jedoch nicht so hoch. Die Mitgliedschaft in der EU rentiert sich für unsere Wirtschaft außerordentlich. Ich setze mich mit meinen sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen dafür ein, dass wir auch auf europäischer Ebene eine wachstumsorientierte Politik vertreten. Ein reiner Fiskalpakt mit Spargebot und Schuldenbremse ist hierzu nicht ausreichend. Die Menschen müssen genug Geld in Tasche haben, um sich etwas leisten zu können und die Binnennachfrage zu stärken. Wir brauchen starke, europäische Wirtschaftsstrukturen: Sowohl Infrastruktur als auch die Industrie müssen grundlegend und nachhaltig gestärkt werden. Nur auf dieser Grundlage ist wirtschaftliche Entwicklung möglich.

Industriepolitik ist Zukunftspolitik

Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion habe ich daher inhaltlich an einem industriepolitischen Positionspapier mitgearbeitet. Wir wollen mit den Menschen über die notwendige Modernisierung der Industrie ins Gespräch kommen, damit Deutschland seine internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter ausbauen kann und auch im Jahr 2020 ein wirtschaftlich erfolgreicher Industriestandort ist.

Es gilt unverändert: Die Industrie ist das Fundament für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Grüne Technologien können nicht entstehen, ohne dass Sektoren wie Maschinenbau, Elektrotechnik, Fahrzeugbau oder Stahlindustrie erhalten werden. Deutschland und die EU zum weltweit wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum mit den besten Produkten zu machen ist eine Vision, an der wir alle zusammen arbeiten müssen.

Energie

Wer über Wirtschaftspolitik spricht, kommt heute an der Energiepolitik nicht mehr vorbei. Ohne Energie können wir keine Güter herstellen, Straßen bauen, Lebensmittel transportieren. Ohne Energie läuft nicht ein einziger Computer. Die nachhaltige Energiegewinnung ist zugleich eine enorme Herausforderung.

Für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung

2009 wurde ich in die Querschnittsarbeitsgruppe „Energie“ der SPD-Bundestagsfraktion berufen, wo ich europapolitischer Berichterstatter bin. Die Fragen, die unsere Arbeit leiten, sind: Woher und wie gewinnen wir Energie? Wie verteilen wir sie? Wie viel darf Energie kosten? Und wie schützen wir unsere Umwelt vor den Schäden, die wir anrichten, während wir all dies tun?



Die SPD gegen Atomenergie
(Bild: Andrea Toense).

Schon lange bevor Fukushima die schwarz-gelbe Bundesregierung zur Einsicht brachte, dass Atomkraft unberechenbar, rückwärtsgewandt und vor allem tödlich ist, hat die SPD-Bundestagsfraktion an einem umfassenden Energiekonzept gearbeitet. Dieses beruht auf drei Säulen: Energie muss umweltver-

träglich erzeugt werden, sie muss als Teil der Daseinsvorsorge für Verbraucher bezahlbar und ihre Verfügbarkeit muss gesichert sein. Unter diesen Prämissen soll der Umbau der Energieversorgung in Deutschland und Europa gestaltet werden.

Der Ausstieg allein reicht nicht

Allein mit einem Ausstieg aus der Atomenergie ist die Energiewende noch lange nicht erreicht. Vielmehr ist es jetzt notwendig, den Umbau unseres Energiesystems hin zu einem sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Ener-

giedienstleistungssystem fortzusetzen. Der Umstieg in eine von erneuerbaren Energien dominierte Energieversorgung muss weiter zukunftsfähig gestaltet werden. Vor zehn Jahren hat die rot-grüne Bundesregierung mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) den Startschuss gegeben. Gerade jetzt, nachdem der Irrtum der Laufzeitverlängerung zurückgenommen wird, kommt es darauf an, diesen Weg konsequent weiterzugehen. Schwarz-Gelb bleibt aber weit hinter den notwendigen Maßnahmen zum Netz- und Speicherausbau sowie zum Umstieg in die erneuerbaren Energien zurück.



Regelmäßiges Forum: Mit Entscheidungsträgern aus der Region beim "Energiepolitischen Dialog".

Europäisch handeln

Gerade im Energiebereich ist die EU die Klammer, die unsere Anstrengungen zusammenführt und zusammenhält, weil sie uns stark und sichtbar macht. Darum gehört es auch zu unserem Anspruch, uns eine gemeinsame Energiestrategie zu geben.

Schon 2007 hatte die EU sich zum Ziel gesetzt bis zum Jahr 2020 Treibhausgase um 20 Prozent zu mindern, den Anteil der Erneuerbaren Energien auf 20 Prozent auszubauen und die Energieeffizienz um 20 Prozent zu steigern. Wir wollen darüber hinaus gemeinsam mit anderen Industrieländern bis zum Jahr 2050 unsere CO₂-Emissionen um 80 bis 95 Prozent reduzieren.

Mittlerweile ist jedoch deutlich geworden, dass wir die sogenannten 20-20-20-Ziele mit den bislang getroffenen Maßnahmen bis zum Jahr 2020 nicht erreichen werden. Mein vorrangiges Ziel als europäischer Energiepolitiker ist es daher darauf hinzuwirken, dass die Bundesregierung sich auf EU-Ebene stärker als bislang für den Erfolg der Energie-2020-Strategie einsetzt: Wir müssen Energie effizienter einsetzen, unsere Infrastruktur gesamteuropäisch voran bringen, Verbraucher stärken und wir müssen Europas Führungsrolle in der Energietechnologie und Energieinnovation sichern, um die Arbeitsplätze von morgen nicht zu gefährden.

Demokratie

.....

Anspruch und Zweck meiner Arbeit als Volksvertreter sind es, Politik für die Menschen, für ein hohes Wohlstandsniveau und für Chancengleichheit in Bildung, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur zu machen. Diejenigen, die sagen, „die in Berlin“ seien zu weit weg vom Alltag und „den Menschen“, beunruhigen mich sehr. Politikverdrossenheit ist eine Gefahr für unsere Demokratie, der wir entschieden entgentreten müssen.

.....

Zeitgemäße Demokratie



Zeitlos aktuell: Widmung am Reichstagsgebäude. (Bild: Deutscher Bundestag).

Mit Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion habe ich 2009 die Arbeitsgruppe Demokratie ins Leben gerufen. Hier beschäftigen wir uns mit Fragen rund um die Funktionsweise des Politischen Systems, warum das Volk eine Distanz zur Politik empfindet und aus welchem Grund sich politische

Protestbewegungen formieren. Wir überlegen anhand dreier Schwerpunkte, was wir besser machen können, um den Bürgerinnen und Bürgern Politik als unsere tägliche Arbeit näher zu bringen.

Demokratie und Medien

Wir alle sind jeden Tag mit einer Vielzahl von Medien konfrontiert: Zeitungen, Radio, Internet und Fernsehen gehören zum Alltag. Politik braucht die Medien, um alle Bürgerinnen und Bürger in ihre Entscheidungsfindung einzubinden. Dennoch geht es in der politischen Berichterstattung zu oft um Personen und Streits als um Themen und Argumente. Mit der Arbeitsgruppe laden wir Medienvertreter ein, um mit ihnen über ihre Verantwortung und Rolle in der demokratischen Öffentlichkeit zu sprechen.

Reformen im politischen Betrieb

Wie können wir die Arbeit des Parlaments übersichtlicher und greifbarer für jedermann gestalten? Ich setze mich für

Volksentscheide auf Bundesebene ein und dafür, unsere Parlamentsarbeit transparenter und attraktiver zu gestalten. Wir diskutieren die Idee von Rededuellen im Bundestag, die die Streitgespräche aus den Talkshows zurück ins Parlament holen. Mir gefällt der Vorschlag, Bürgerfragen im Bundestag zu beantworten. Doch wir brauchen auch einen neuen Umgang unter uns Parlamentariern. Mit Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen arbeiten wir gemeinsam an einer Abgeordnetenethik.

Demokratische Bildung in der Schule

Demokratie kann man nicht aus Büchern lernen, man muss sie erleben, verstehen und gestalten. Ich meine: Schule muss das Spielfeld werden, auf dem junge Menschen Demokratie üben und ausprobieren können. Wir müssen sie nur lassen. Ich mache mich dafür stark, dass unser Nachwuchs mitgestalten darf und dadurch erfährt, dass demokratisches Streiten sich lohnt, um etwas zu bewegen. Im Rahmen des „Planspiels Zukunftsdialog“ der SPD-Bundestagsfraktion können Jugendliche beispielsweise selbst in die Rolle eines Abgeordneten schlüpfen.

Erste Erfolge und Ausblick

Der Erfolg dieser Initiative hängt davon ab, wie gut wir ins Gespräch kommen. 2010 haben wir mit Politikern und Wissenschaftlern eine große Tagung hierzu abgehalten. Auf einem Fraktionskongress Ende 2011 diskutierten wir u.a. mit Joachim Gauck, Sigmar Gabriel und Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über Zustand und Zukunft unserer Demokratie.



Dr. Martin Schwanholz (rechts) im Gespräch mit Prof. Dr. Werner Josef Patzelt (links) und Prof. Dr. Michael Zürn (mittig) (Bild: Marco Urban).

Unsere nächsten Schritte werden sein, unsere bisherigen Erkenntnisse und Ideen mit unseren SPD-Fachkolleginnen und -Fachkollegen in anderen Arbeitsgruppen zu diskutieren und sie in gemeinsamen Anträgen zur Beratung ins Parlament zu geben. Zudem möchten wir den Dialog mit den Medien, mit Trägern der Politischen Bildung und mit Meinungsforschern vertiefen und gemeinsame Projekte entwickeln.

Besuch in Berlin

Als Bundestagsabgeordneter ist es mir wichtig, dass Sie, die Bürgerinnen und Bürger aus meinen Wahlkreis und den Betreuungswahlkreisen, einen konkreten Eindruck von meiner parlamentarischen Arbeit erhalten. Darum besuchen mich jährlich mehr als 1.000 Gäste aus meiner Heimatregion Osnabrück. Auch weiterhin ist es mir ein besonderes Anliegen und stets eine große Freude, Sie hier in Berlin begrüßen zu dürfen.

Berlin ist immer eine Reise wert!



Das Berliner Regierungsviertel (Bild: Deutscher Bundestag).

Der Deutsche Bundestag ist das meistbesuchte Parlament der Welt. Einzelpersonen, Schulklassen, Familien, Vereine und andere Gruppen zeigen sich beeindruckt vom Reichstagsgebäude im Herzen Berlins.

Besonders eindrucksvoll ist die wechselhafte deutsche Geschichte, die das Reichstagsgebäude erlebte: Errichtung im Kaiserreich ab 1894, Ausrufung der Weimarer Republik 1918, Reichstagsbrand 1933, sowjetische Eroberung 1945, Mauerbau und Isolation ab 1961 – erst seit 1999 tagt hier nach Umbauten und Modernisierungen wieder der Deutsche Bundestag.

Besuchsmöglichkeiten

Einblicke in die Abläufe und Tätigkeit des Deutschen Bundestages sind auf vielfache Weise möglich. So können politisch Interessierte in Sitzungswochen mittwochs bis freitags eine Debatte im Plenarsaal verfolgen. Hierbei erleben Sie aus der ersten Reihe, wie der Bundestagspräsident die Sitzung leitet, wie die Redner der fünf Fraktionen ihre Standpunkte vertreten, wie die Minister auf der

Kabinettsbank auf Kritik reagieren und wie die Fernsehkameras die wichtigsten Momente der Debatte aufnehmen.

Wenn das Plenum nicht tagt, finden Informationsvorträge auf der Besuchertribüne des Plenarsaals statt. Der bundestageeigene Besucherdienst führt Sie in die Arbeitsweise des Parlaments ein, erinnert an historische Momente und vergisst nicht, auch die ein oder andere Anekdote einzustreuen.

Ein absolutes Muss einer jeden Berlinreise ist natürlich auch der Besuch der Reichstagskuppel. Bestaunen Sie dort, wo einst die Mauer verlief, wie prachtvoll sich Berlin-Mitte heute präsentiert und machen Sie Ihr persönliches Erinnerungsfoto.



Über viel Sonnenschein auf dem Dach des Reichstagsgebäudes freute sich diese Osnabrücker Reisegruppe im Mai 2011.

Reiseförderung

Wie jedem Abgeordneten steht auch mir für größere Gruppen ein jährliches Kontingent für eine Besucherförderung zur Verfügung. Die Förderung umfasst einen Reisekostenzuschuss sowie einen Imbiss.

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse. Leider sind die Kontingentplätze und Zuschüsse jedoch begrenzt und decken die große Nachfrage nicht. Darum bitte ich Sie um Verständnis, dass nicht jede Anfrage positiv beantwortet werden kann.

Zudem lade ich jährlich 150 Mitbürgerinnen und Bürger nach Berlin ein. Auf einer solchen Fahrt haben Sie die Möglichkeit, sich vor Ort über das Zusammenspiel von Bundestag, Bundesrat und den einzelnen Ministerien zu informieren. Die Highlights dieser Fahrten sind immer – neben vielen anderen Punkten – eine politische Stadtrundfahrt und der Besuch des Deutschen Bundestages im Reichstagsgebäude.

Mein Team und ich unterstützen Sie gerne bei der Organisation Ihres Besuchs im Reichstagsgebäude. Auch ohne Förderung können Sie den Deutschen Bundestag natürlich besuchen. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage.

Zu Besuch in Berlin

Regelmäßig begrüße ich Schulklassen, Ehrenämter in Verbänden, Sportvereinen, der Freiwilligen Feuerwehr und Kirchengemeinden, sowie Vertreter von Unternehmen und SPD-Gremien in Berlin.



Das Berliner Reichstagsgebäude
(Bild: Deutscher Bundestag).

Besuch der *Haupt- und Realschule Spelle*: Die Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse hatten im Unterricht hilfreiche Petitionen zu Jugendthemen erarbeitet. Bei ihrem Besuch in Berlin haben sie auch den SPD-Sprecher der Arbeitsgruppe Petitionen, Klaus Hagemann, getroffen und ihm ihre Vorschläge übergeben.

Mit Studierenden des Zentrums für Interkulturelle Islamstudien der *Universität Osnabrück* hatte ich ein besonderes Zusammentreffen. Die angehenden Imame haben sich mit mir eine Stunde lang im Reichstagsgebäude zu Fragen der Integration unterhalten.

Der *SPD-Ortsverein Baccum* hat sich im März 2011 per Schiff auf den Weg nach Berlin gemacht. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bildungsreisen machten auch Halt in Hannover und Wolfsburg. Der Besuch im Deutschen Bundestag war die letzte Station der MS Saxonia, die ich gerne unterstützt habe.



Lingen-Berlin in 7 Tagen: Mit der MS Saxonia kein Problem. Martin Schwanholz begrüßt die Reisenden in Berlin (rechts).

Vor Ort

Mein aktuelles Wirkungsgebiet setzt sich zusammen aus meinem direkten Wahlkreis Stadt Osnabrück und den Betreuungswahlkreisen Osnabrück-Land und Mittelems. Zusammen bilden wir eine starke Region in Niedersachsen. Diesen Erfolg erreicht man nur durch enge Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort: Bei SPD-Veranstaltungen, Diskussionsrunden, Begehungen oder Ehrungen tausche ich mich gerne und regelmäßig mit Ihnen aus.

Die Menschen im Herzen

Meine Aufgabe als Bundestagsabgeordneter ist es, die Stärken, Nöte und Interessen, unserer Region und ihrer Menschen in Berlin zu vertreten und zu repräsentieren. Deswegen bin ich stetig mit meinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern vor Ort im Gespräch.



Offenes Ohr für jedermann und -frau.

In regelmäßigem Turnus führe ich Veranstaltungen wie die „Berliner Runde“ durch. Bei diesen Gelegenheiten informiere ich Sie über die aktuelle politische Lage in Berlin und nehme Anregungen mit für meine Arbeit in Berlin. Eine weitere Möglichkeit, in angenehmer Atmosphäre mit mir zu aktuellen politischen Themen zu diskutieren, biete ich Ihnen beim regelmäßig stattfindenden Dämmerstopp in der Osnabrücker Traditionsgaststätte „Olle Use“.

Wenn Sie mit einem vertraulichen Anliegen zu mir kommen möchten, melden Sie sich einfach zu einer meiner regelmäßig stattfindenden Sprechstunden an. Ich bin stets offen für Ihre Fragen, Anregungen und Ideen. Sprechen Sie mich an.

Das Leben eines Politikers ist das eines Berufspendlers: Jede Woche bin ich entweder von Berlin nach Osnabrück oder andersherum unterwegs. In den sitzungsfreien Wochen wie an den Wochenenden arbeite ich im Wahlkreis, um Sie zu treffen. Ob zu Stadtfesten, Jubiläen, Einweihungen, Tagungen oder Podiumsdiskussionen, den SPD-Parteitagen oder -Ortsvereinstreffen, den traditionellen Grünkohlessen oder zum 1. Mai – ich bemühe mich immer Ihre Einladungen wahrzunehmen.



Ob beim Unternahmertreffen, im Kleingartenverein oder bei Grünkohl mit Pinkel – gerne nimmt sich Martin Schwanholz Zeit, mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammenzukommen und sich mit ihnen auszutauschen.



Politik zum Anfassen

Viele bekannte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind meiner Einladung in den Wahlkreis gefolgt. Sei es, um in Informationsveranstaltungen über Inhalte zu informieren, sei es, um sich über ein Anliegen in der Region ein Bild zu machen, und unsere Sache dann in Berlin tatkräftig zu unterstützen.



Franz Müntefering bei einem Osnabrücker Unternehmen.

Franz Müntefering, Bundesminister a.D. und Bundestagsabgeordneter, sprach in Bad Laer über das Thema „Die soziale Gesellschaft im Wandel“. Viele Interessierte folgten seinem Vortrag und diskutierten mit ihm über die Zukunft des Sozialstaats.



Ulla Schmidt (vorne links) im Erich Maria Remarque-Zentrum.

Ulla Schmidt informierte sich im Erich Maria Remarque-Friedenszentrum über geplante Ausstellungen und das Gedenken an diesen berühmten Osnabrücker. Dr. Thomas Schneider, Leiter des Zentrums,

stellte der SPD-Bundestagsabgeordneten das Museum vor. Die ehemalige Bundesgesundheitsministerin zeigte sich beeindruckt von der innovativen Ausstellung.

Uwe Beckmeyer, der Sprecher der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der SPD-Bundestagsfraktion besuchte die Gemeinden Badbergen, Merzen und Ueffeln, um sich über den Sachstand beim Bau der Umgehungsstraßen zu informieren.

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Matthias Miersch besuchte die Gemeinde Lünne. Er informierte sich über die Pläne für eine umstrittene Form der Erdgasförderung (Fracking) und die Auswirkungen für die Region. Bernhard Hummeldorf, Bürgermeister der Samtgemeinde Spelle, und die Bürgerinitiative „Schönes Lünne“ hatten mich um Unterstützung gebeten. Gemeinsam haben Matthias Miersch und ich das Anliegen in den Umweltausschuss des Deutschen Bundestages gebracht.



Gespräche über Fracking in Spelle.

Ebenso sind die SPD-Integrationsbeauftragte Aydan Özoğuz, der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil sowie die menschenrechts- und kulturpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Christoph Strässer und Siegmund Ehrmann, und viele andere meiner Einladung gefolgt, um sich mit uns für den dauerhaften Erfolg unserer Region einzusetzen.

Auf meiner Website und in meinem Wahlkreisbüro können Sie sich über Termine, Veranstaltungen und aktuelle politische Themen informieren.

Über mich

.....

Meine Heimat

Meine Heimat ist die Region Osnabrück. Hier wurde ich geboren, hier bin ich aufgewachsen und ausgebildet worden. Die Belange meiner Heimat in Berlin zu vertreten liegt mir am Herzen.

Mein Werdegang



Martin Schwanholz (Bild: Marco Urban).

Nach dem Realschulabschluss habe ich eine Ausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann gemacht und mehrere Jahre als Angestellter in einem mittelständischen Industrieunternehmen gearbeitet. In Osnabrück und Amsterdam habe ich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie European Studies studiert. Mithilfe der Hans-Böckler-Stiftung konnte ich pro-

movieren. Von 1997 bis 2002 arbeitete ich in Osnabrück als Dozent und wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Meine Standpunkte

Mein Motto ist „Bleib erschütterbar und widersteh“ (Peter Rühmkorf). Nur wenn wir gemeinsam für etwas kämpfen, können wir die Gesellschaft verändern und sie zu einem besseren Ort machen. In diesem Sinne agiere ich für unsere Region in Berlin.

Für Sie in Berlin

Ich bin seit 2002 Mitglied im Deutschen Bundestag. Ich gehöre dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie an und bin für die SPD-Fraktion in den Arbeitsgruppen Demokratie und Energie. Als Berichterstatter beschäftige ich mich besonders mit Wirtschafts- und Innovationspolitik, d.h. Energie, Forschung, Telekommunikation, Klima, Umweltschutz und Reaktorsicherheit. Ich vertrete die Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Dankeschön

Ich bedanke mich herzlich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre engagierte Arbeit.

Daneben gilt mein besonderer Dank allen Genossinnen und Genossen vor Ort für ihre Unterstützung und Einsatzbereitschaft.

Impressum

Herausgeber: Dr. Martin Schwanholz
Mitglied des Deutschen Bundestages

<http://www.martin-schwanholz.de/>

Bundestagsbüro Berlin
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227 700 77
Telefax: (030) 227 760 54
martin.schwanholz@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Große Gildewart 11
49074 Osnabrück
Telefon: (0541) 202 390 73
Telefax: (0541) 350 20 08
martin.schwanholz@wk.bundestag.de

Photos: Die Urheberrechte sind ausgewiesen.
Sonstige Bilder: Deutscher Bundestag

Stand: März 2012